

12/25 + 01/26

ZÜRCHER
HANDELSKAMMER

STIMME

DER WIRTSCHAFT

Editorial

Spielräume nutzen für einen starken Standort

Nach einer Einigung im Zollstreit mit den USA senkt Washington die Strafzölle auf Schweizer Waren von 39 auf 15 Prozent. Für die Industrie im Kanton Zürich, deren Exporte in die USA jährlich rund 2 Mrd. Franken ausmachen, bedeutet dies eine spürbare Entlastung. Doch die Unsicherheit ist nicht vorbei. Und klar ist auch: Selbst 15 Prozent Strafzoll sind immer noch zu hoch – hier braucht es weitere Anstrengungen, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Deshalb müssen wir unsere Hausaufgaben am Standort Zürich jetzt konsequent anpacken. Die Trendanalyse des Kantons zeigt: Neben geopolitischen Spannungen belasten eine steigende Regulierungsdichte, das ungeklärte Verhältnis Schweiz-EU und ein sich verschärfender Arbeitskräftemangel die Standortattraktivität. Die Alterung der Bevölkerung wird die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte weiter reduzieren – 2029 wird es im Kanton Zürich rund 16 Prozent mehr 65-Jährige als 20-Jährige geben. Die Herausforderungen sind strukturell, nicht zyklisch.

In diese Lage fällt die Budgetdebatte im Dezember im Kantonsrat. Der Zeitpunkt ist richtig, um den Standort zu entlasten und zugleich zukunftsfähig zu machen. Denn der Kanton Zürich erzielt Jahr für Jahr Überschüsse. 2025 dürften es gemäss der Finanzverwaltung gegen 700 Mio. Franken werden. Diese Gelder stehen den Steuerzahlenden zu. Angesichts des hohen Überschusses fordert die ZHK die Fraktionen der Mitte und der GLP im Kantonsrat auf, den Antrag der SVP und FDP für eine Senkung des Steuerfusses von fünf Prozentpunkten zu unterstützen. Dies stärkt den Wirtschaftsstandort Zürich und kann die Folgen der US-Strafzölle abfedern. Steuersenkungen allein

genügen jedoch nicht, um die US-Strafzölle abzufedern und den Wirtschaftsstandort Zürich zu entlasten. Die ZHK hat deshalb einen Massnahmenplan vorgelegt.

- 1. Netto-Null-Bürokratie:** Der Kanton setzt sich das Ziel «Netto Null Bürokratie» gegenüber den Unternehmen.
- 2. Digitalisierung:** Die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse ist in allen Departementen und auf allen Stufen mit Hochdruck zu beschleunigen.
- 3. Steuern:** Der Kanton schreibt Jahr für Jahr Überschüsse – im Jahr 2024 waren es 150 Mio. Franken. Im anstehenden Budgetprozess ist der Steuerfuss um fünf Prozentpunkte zu senken.
- 4. Gebühren:** Sämtliche vom Kanton erhobenen Gebühren werden katalogisiert und einer Überprüfung unterzogen.
- 5. Konkurrenz durch Staatsbetriebe:** Mehr Transparenz über Beteiligungen und Marktverzerrungen ist zwingend.

Die Budgetdebatte ist der Moment, an dem sich zeigt, ob die Politik die strukturellen Herausforderungen ernst nimmt. Die Zürcher Wirtschaft ist international exponiert, innovationsstark – aber auch abhängig von stabilen Rahmenbedingungen. Die Zoll-Einigung nimmt Druck weg, aber sie ersetzt keine aktive Standortpolitik. Es braucht jetzt Entscheide, die den Wirtschaftsraum Zürich langfristig stärken. Die Spielräume sind vorhanden. Der Kantonsrat soll sie nutzen – für einen starken Standort Zürich. ▽

RAPHAËL TSCHANZ,
DIREKTOR ZÜRCHER HANDELSKAMMER

Wohnpolitik nach dem Nein zum Vorkaufsrecht: Jetzt braucht es Konsequenz

Nach dem Nein zur Vorkaufsrechtsinitiative richtet sich der Blick nach vorne: Bereits im Juni 2026 entscheidet Zürich über vier weitere wohnpolitische Vorlagen. Zwei von ihnen setzen auf mehr staatliche Regulierung. Sie adressieren reale Herausforderungen, lösen sie aber nicht. Jetzt ist entscheidend, konsequent auf das zu setzen, was tatsächlich Wohnraum schafft: investieren, verdichten, beschleunigen – anstatt neue Hürden aufzubauen.

ANDREAS SCHÜRER

Das klare Nein zur Vorkaufsrechtsinitiative vom 30. November und das Ja zum Gegenvorschlag des Kantonsrats und Regierungsrats sind ein wichtiges Signal: Die Zürcher Stimmbevölkerung hat staatliche Eingriffe in Eigentumsrechte abgelehnt und sich für eine pragmatische Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus ausgesprochen. Das ist erfreulich: Gegen die Wohnraumknappheit brauchen wir gezielt eingesetzte Mittel, aber keine planwirtschaftlichen Experimente. Die Zürcher Handelskammer (ZHK) hatte im Abstimmungskampf den Gegenvorschlag unterstützt, weil er ohne Verzögerungen wirkt, ohne neue Regulierung und Risiken für Investitionen zu schaffen. Der Entscheidung schafft Klarheit – doch die wohnpolitischen Herausforderungen bleiben anspruchsvoll.

Initiative» für den Erwerb von Wohneigentum. Alle vier Vorlagen berühren zentrale Fragen der Wohnraumversorgung, verfolgen aber sehr unterschiedliche Ansätze – und nicht jeder dieser Ansätze führt zu mehr Wohnraum.

Es braucht mehr Wohnungen – nicht mehr Regulierung

Die Herausforderungen sind klar benannt. Der demografische Wandel beschleunigt sich markant: Bereits 2029 wird die Anzahl 65-Jähriger jene der 20-Jährigen im Kanton Zürich um 16 Prozent übersteigen. Gleichzeitig sinkt der Anteil der Erwerbsbevölkerung an der Gesamtbevölkerung. Für den Wirtschaftsstandort Zürich bedeutet dies: Der Wettbewerb um Fachkräfte wird härter, und Wohnraum wird zu einem der entscheidenden Standortfaktoren.

Der Kanton kann es sich schlicht nicht leisten, die Bautätigkeit auszubremsen. Wenn weniger gebaut wird, steigen die Mieten, Wohnraum für Familien und junge Menschen fehlt, Fachkräfte wandern ab oder kommen erst gar nicht, und die soziale Durchmischung nimmt ab. Die Bedeutung einer regen Bautätigkeit ist eindeutig dokumentiert – unter anderem in der von der Plattform «Fürschi Züri» initiierten Sotomo-Studie «Wohnraum für Zürich» (siehe QR-Code): Neubau entlastet den Markt, schafft Umzugsketten und führt nicht zu höheren Mieten im Quartier. Wer Neubau verhindert, verschärft die Knappheit.

Die Wohnschutzinitiative: Mietzinsdeckel durch die Hintertür

Besonders gefährlich ist die Wohnschutzinitiative. Sie unterstellt Abbrüche, Umbauten und Renovationen einer kantonalen Bewilligungspflicht, die weit über das heutige Recht hinausgeht. Sie fordert de facto einen Mietzinsdeckel.



Bereits im Juni 2026 folgt eine zweite Abstimmungsrunde mit grosser Tragweite. Zur Entscheidung stehen die «Wohnschutzinitiative» und der Gegenvorschlag des Kantonsrats, die «Wohnungsinitiative» sowie zwei vom Zürcher Hauseigentümerverband lancierte Vorlagen: die «Wohneigentums-Initiative» und die «Starthilfe-

Was als Schutzmassnahme erscheint, bedeutet in der Praxis eine massive Einschränkung der Erneuerung des Bestands.

Gerade Ersatzneubauten sind für den Wohnungsmarkt zentral. Sie schaffen zusätzliche Wohnungen, senken den Energieverbrauch und bieten bezahlbaren Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten. Wird die Wirtschaftlichkeit solcher Projekte durch Auflagen untergraben, führt dies zu weniger Baugesuchen. Ein Blick nach Basel-Stadt zeigt dies exemplarisch: Nach Einführung strenger Wohnschutzvorschriften sind die Baugesuche um Dreiviertel zurückgegangen. Zürich darf diesen Fehler nicht wiederholen.

Der Gegenvorschlag des Kantonsrats ist realistischer. Er adressiert das Thema Leerkündigungen, ohne die Erneuerung des Wohnungsbestands zu blockieren. Da Leerkündigungen statistisch nur rund ein Prozent aller Umzüge betreffen, aber für Betroffene einschneidend sind, ist eine gezielte und verhältnismässige Regulierung sinnvoller als ein systemischer Eingriff.

«Zürich braucht mehr Wohnraum. Nicht mehr Regulierung.»

Die Wohnungsinitiative: Staatliche Wohnbaugesellschaft als Irrweg

Mit der Wohnungsinitiative soll eine kantonale Wohnbaugesellschaft mit mindestens 500 Millionen Franken Startkapital geschaffen werden. Der Staat würde damit selbst bauen, vermieten und verwalten – und in Konkurrenz zur Privatwirtschaft treten. Da heute 95 Prozent der Wohnungen von privaten Entwicklern oder gemeinnützigen Bauträgern stammen, birgt eine staatliche Wohnbaugesellschaft erhebliche Risiken: Sie bindet Kapital, das anderswo dringend benötigt wird. Sie schafft Parallelstrukturen, statt bestehende Träger zu stärken. Und sie riskiert eine Verdrängung privater Investitionen in einem Markt, der bereits unter hoher Unsicherheit leidet. Die Wohnungsinitiative suggeriert einfache Lösungen, verschärft aber das Kernproblem: Es fehlt nicht an Akteuren. Es fehlt an Bauland, Verfahren und Planungssicherheit.

HEV-Initiativen wollen Eigentum fördern

Die Wohneigentums-Initiative des Hauseigentümergebietes Zürich (HEV) verlangt, dass Kanton und Gemeinden das selbst genutzte Wohneigentum gleich stark fördern wie den

gemeinnützigen Wohnungsbau. Die Starthilfe-Initiative des HEV zielt in die gleiche Richtung: Auch sie will den Zugang zu Wohneigentum für Familien aus dem Mittelstand fördern. Sie schlägt staatlich unterstützte Finanzierungen über tiefere Eigenmittelanforderungen vor. Die konkrete Umsetzung muss noch zu justiert werden. Die Förderung des selbst genutzten Wohneigentums ist in der Zürcher Kantonsverfassung verankert und deshalb legitim.

Was Zürich jetzt braucht

Der Kanton Zürich steht 2026 vor einem Richtungsentscheid. Werden zusätzliche Eingriffe wie ein Mietzinsdeckel und eine neue staatliche Baugesellschaft angenommen, wird der Wohnungsbau weiter zurückgehen – mit spürbaren Folgen für Haushalte, Unternehmen und den gesamten Standort.

Zürich braucht deshalb eine Wohnpolitik, die auf wirksame Massnahmen setzt. Dazu gehören rasche und digitale Bewilligungsverfahren, eine entschlossene Aktivierung von Baulandreserven, die Förderung von Ersatzneubauten an gut erschlossenen Lagen sowie gezielte Unterstützung für gemeinnützige Bauträger, wo sie tatsächlich wirkt. Die Sotomo-Studie belegt klar, wo anzusetzen ist: Neubau wirkt – Regulierung nicht. Wir müssen bauen. Nicht blockieren.

Fazit: Bauen statt blockieren

Der Volksentscheid zum Vorkaufsrecht hat einen wegweisenden Kurs gesetzt: Förderung statt Eingriffe. Umso wichtiger ist es jetzt, diesen Weg konsequent weiterzugehen. Die Zürcher Handelskammer wird sich dafür einsetzen, dass Zürich seine wohnpolitische Zukunft nicht mit neuen Hürden verbaut. ▽

STUDIE «WOHNRAUM
FÜR ZÜRICH:



ZHK News

DEMOGRAFISCHER WANDEL: ANLASS MIT MITGLIEDERN DES KANTONS RATS

Die demografische Entwicklung lässt sich dank verlässlicher Zahlen gut vorhersagen. Die Geburtenrate sinkt laufend und erreicht einen Tiefstand. Es sterben mehr Personen, als Kinder nachkommen. Was diese Entwicklung für unsere Gesellschaft, den Arbeitsmarkt und unsere Sozialwerke bedeutet, war Gegenstand eines Anlasses der Zürcher Handelskammer (ZHK) mit Zürcher Kantonsrätinnen und Kantonsräten.

Die Aussichten sind düster – für die Industrieländer, für die Schweiz, für Zürich. Aktuelle Zahlen des Bundesamtes für Statistik zufolge liegt die Geburtenrate in der Schweiz bei 1.29 Kindern pro Frau – ein neuer Tiefstand. Unsere Gesellschaft überaltert. Sie ist gefordert. Dennoch steht dieses Thema noch nicht auf der politischen Agenda, und Lösungen sind nicht in Sicht.

Angeregte Diskussion im Kantonsrat

Auf Basis aktueller Zahlen die Folgen der demografischen Entwicklung sowie konkrete Handlungsfelder und Lösungsansätze zu diskutieren: Das war das Ziel des Parlamentarieranlasses der Zürcher Handelskammer (ZHK) vom 10. November im Zürcher Kantonsrat. Im Anschluss an einen Input von Luc Zobrist, Leiter Volkswirtschaft des kantonalen Amtes für Wirtschaft, diskutierten Veronica Weisser, Ökonomin und Vorsorgeexpertin von UBS, Michael Grampp, Chefökonom & Leiter Research von Deloitte, und Alain Gut, Direktor Public Affairs von IBM mit 35 Kantonsrätinnen und Kantonsräten, moderiert durch Michael Settelen, Leiter Volkswirtschaft der ZHK.

Das Thema Migration dürfte von der Demografie-Debatte überlagert werden

Die Diskussion hat gezeigt: Auch in Zürich geht die Geburtenrate zurück und liegt auf einem Tiefstand. Ohne Nettozuwanderung würde sich die Zürcher Bevölkerung innerhalb von zwei Generationen halbieren. Die Folge ist eine wachsende Arbeitsmarktschere: Seit ein paar Jahren verlassen mehr Personen altersbedingt den Arbeitsmarkt, als dass Junge nachrücken. Diese Entwicklung wird sich in den 2040er-Jahren weiter verstärken, mit Folgen für das Wirtschaftswachstum, die Innovationsfähigkeit, die Branchenstruktur und die Sozialversicherungen.

Um die Arbeitsmarktschere zu schliessen und das Verhältnis zwischen Erwerbsbevölkerung und Gesamtbevölkerung stabil zu halten, bräuchte es jährlich eine doppelt so hohe Zuwanderung wie im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Weil das potenzielle Angebot an Arbeitskräften in den Nachbarländern noch stärker schrumpfen wird als in der Schweiz, ist ein solches Szenario unwahrscheinlich.

Angesichts dieser Tatsache bezweifeln Demografen, dass die Bevölkerung der Schweiz überhaupt je die Marke von 10 Millionen erreichen wird. Der Arbeitskräftemangel und der Kampf um Arbeitskräfte dürften sich deshalb weiter verschärfen.

Ein weiteres Problem ist, dass es aufgrund der finanziellen Belastung zunehmend unattraktiv ist, Kinder zu bekommen und grosszuziehen. Die diesbezüglichen Rahmenbedingungen müssten verbessert werden, so der Tenor. Gerade für den Mittelstand sind Kinder wirtschaftlich unattraktiv – ein Problem. Auch die Unternehmen wurden in die Pflicht genommen. Sie könnten noch mehr tun, um die inländischen Personen besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gefordert

Die Diskussion hat gezeigt: Die alternde Gesellschaft ist eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit. Sie ist zugleich eine Gemeinschaftsaufgabe für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Alle stehen in der Verantwortung. Jetzt braucht es praktikable und mehrheitsfähige Lösungen, auch auf kantonaler Ebene. Die ZHK wird das Thema weiterverfolgen und sich mit konstruktiven Lösungsvorschlägen aktiv an der Diskussion beteiligen. zhk.ch

FÜNF FRAGEN AN SIMON RAHN, ANGEHENDER PARTNER BEI RAHN+BODMER CO.



Sie wirken in fünfter Generation beim Familienunternehmen Rahn+Bodmer Co., der ältesten Zürcher Privatbank. Welche Qualitäten müssen erhalten bleiben, und wo sind Anpassungen nötig?

Wir passen uns stetig an – sei dies aufgrund von Kundenwünschen, regulatorischer Anforderungen, internen Entwicklungen oder aufgrund der kontinuierlichen Digitalisierung. Dabei halten wir an unserer Unabhängigkeit, dem persönlichen Service, unserem langfristigen Denken und unserem Erfolgsmodell einer unbeschränkt haftenden Mehrfamilienbank fest.

Der Finanzplatz Zürich trägt massgeblich zur Wertschöpfung und Beschäftigung im Kanton bei. Welche Faktoren sind entscheidend, damit er auch in Zukunft international konkurrenzfähig bleibt?

Gut ausgebildetes Personal, ein schlankes regulatorisches Umfeld, stabile politische Verhältnisse, Rechtssicherheit und ein gutes Image.

Digitalisierung und Fachkräftemangel sind zentrale Herausforderungen. Welche Rolle spielen diese Themen speziell für den Finanzsektor?

Der Finanzsektor weiss sich seit über 50 Jahren die Digitalisierung zunutze zu machen und den Fachkräftemangel spüren wir besonders im Bereich der IT.

Das Verhältnis Schweiz–EU bleibt von Unsicherheiten geprägt. Wie wichtig ist ein stabiler Zugang zum europäischen Markt für Sie?

Ein stabiler Zugang ist immer wichtig. Rahn+Bodmer Co. fokussiert sich aber auf den Schweizer Markt, von wo derzeit gut 70 Prozent unserer Kundschaft stammt.

In der Steuerpolitik hat sich zuletzt gezeigt, dass die Bevölkerung Grossunternehmen kritisch gegenübersteht. Wie kann der Finanzplatz Zürich Vertrauen schaffen und seine Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft besser vermitteln?

Dies ist eine äusserst schwierige Aufgabe, denn ziemlich hartnäckig wird der Finanzplatz nur mit den grossen Banken assoziiert. Die Banken und die Bankverbände dürfen keine Gelegenheit auslassen, über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Banken zu informieren. Einen grossen Hebel hätten die Medien in der Hand, indem sie vermehrt über Positives im Finanzsektor berichten würden. zhk.ch

ZOLL-EINIGUNG MIT DEN USA – UNSICHERHEIT FÜR WIRTSCHAFT BLEIBT

Die Schweiz hat sich mit den USA im Zoll-Streit geeinigt. Wie der Bundesrat informiert hat, wird Washington die Strafzölle auf Schweizer Waren von 39 auf 15 Prozent senken. Damit können Schweizer Unternehmen wieder zu gleichen Bedingungen in die USA exportieren wie die Konkurrenz aus der EU. Herausforderungen und Unsicherheit im internationalen Handel jedoch bleiben. Die Zürcher Handelskammer bekräftigt deshalb die Forderungen ihres 5-Punkte-Massnahmenplans zur Stärkung des Standorts Zürich.

Der Bundesrat hat es am 14. November bestätigt: Washington wird die Strafzölle auf Schweizer Waren von 39 auf 15 Prozent senken. Damit sind Schweizer Exporteure im Vergleich mit der europäischen Konkurrenz bald wieder wettbewerbsfähig.

Auch für Zürcher Unternehmen waren die Zölle eine Belastung. Für den Kanton Zürich unterliegen Exporte von jährlich rund 2 Mrd. Franken in die USA den Zöllen – das entspricht rund ein Prozent der Wertschöpfung der Zürcher Wirtschaft und rund 13 Prozent der Industrie. Direkt betroffen sind in erster Linie die Uhren-, Präzisionsinstrumenten-, Metall- und Maschinenindustrie und ihre 42'100 Arbeitsplätze. Zusammen machen sie rund 5 Prozent der Wirtschaft im Kanton aus. Das Volkswirtschaftsdepartement Zürich hatte im August mit einer möglichen Reduktion des Zürcher BIP um zwischen 0,5 und 1,2 Mrd. Franken gerechnet.

Unsicherheit bleibt – gute Rahmenbedingungen für Wirtschaft zentral

Doch trotz dieser Einigung bleibt die Lage für international tätige Schweizer Unternehmen volatil. Einerseits kann die Lage schnell wieder ändern. Andererseits muss der Deal erst noch vom Schweizer Parlament bestätigt werden und unterliegt dem fakultativen Referendum.

Die Unsicherheit im internationalen Handel bleibt somit für viele Unternehmen im Wirtschaftsraum Zürich eine zentrale Herausforderung. Wir müssen unsere Hausaufgaben machen und Unternehmen entlasten. Das von der ZHK im August vorgelegte 5-Punkte-Massnahmenpaket zur Stärkung der Zürcher Wirtschaft bleibt dabei zentral. Die kantonale Politik ist jetzt gefordert.

Die fünf Massnahmen lauten wie folgt:

1. Netto-Null-Bürokratie: Der Kanton setzt sich das Ziel «Netto Null Bürokratie» gegenüber den Unternehmen. Dazu gehören eine Regulierungsbremse und ein Absenkpfad für Bürokratie.

2. Digitalisierung: Die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse ist in allen Departementen und auf allen Stufen mit Hochdruck zu beschleunigen. Wie das geht, zeigt der Kanton Aargau beispielhaft.

3. Steuern: Der Kanton schreibt Jahr für Jahr Überschüsse – im Jahr 2024 waren es 150 Mio. Franken. Diese Mittel gehören den Steuerzahlenden. Im anstehenden Budgetprozess ist der Steuerfuss um fünf Prozentpunkte zu senken.

4. Gebühren: Sämtliche vom Kanton erhobenen Gebühren werden katalogisiert und einer Überprüfung unterzogen: Ist eine Gebühr gerechtfertigt? Was ist die Grundlage für die Bemessung der Gebühr? Werden Gebühren regelmässig angepasst?

5. Konkurrenz durch Staatsbetriebe: Mit unzähligen Beteiligungen konkurrenziert der Kanton die Privatwirtschaft direkt. Hier braucht es Transparenz in Bezug auf 1) das Ausmass der staatlichen Privatwirtschaft, 2) die damit verursachte Marktverzerrung sowie 3) Massnahmen zur Eindämmung der staatlich kontrollierten Firmen. ▼

WICHTIGES ZEICHEN FÜR DEN FLUGHAFEN

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) empfiehlt dem Zürcher Kantonsrat einstimmig, die Nachruhe-Initiative abzulehnen. Dieser Entscheid ist ein klares Signal zugunsten der internationalen Anbindung des Wirtschaftsraums Zürich. Eine weitere Kürzung der Betriebszeiten um 30 Minuten wäre nicht nur wirtschaftlich schädlich, sondern rechtlich gar nicht



vollziehbar: Die Betriebszeiten der Landesflughäfen sind abschliessend im Bundesrecht geregelt – im Luftfahrtgesetz, im Sachplan Infrastruktur Luftfahrt sowie im vom Bund genehmigten Betriebsreglement. Kantonale Verschärfungen würden damit unerfüllbare Erwartungen schaffen.

Bereits heute verfügt der Flughafen Zürich im europäischen Vergleich über die kürzesten Betriebszeiten. Die halbe Stunde zwischen 23.00 und 23.30 Uhr dient ausschliesslich dem Abbau über den Tag entstandener Verspätungen und ist zentral für die Stabilität des Drehkreuzbetriebs. Ohne diesen Puffer könnten wichtige Langstreckenverbindungen nicht zuverlässig durchgeführt werden. Dies hätte direkte Folgen für die internationale Erreichbarkeit, für Unternehmen, Forschung, Tourismus – und für die gesamte Wertschöpfungskette in der Region Zürich.

Die Zürcher Handelskammer begrüsst entsprechend die klare Absage der Kommission an die Initiative. Gleichzeitig ist der vorgelegte Gegenvorschlag sorgfältig zu prüfen. Zusätzliche Monitoring- und Berichtspflichten können sinnvoll sein, dürfen jedoch nicht in neue Bürokratie ausarten oder den Eindruck erwecken, der Kanton könne über die Betriebszeiten des Flughafens bestimmen. Entscheidend ist, dass die bereits heute sehr strengen Rahmenbedingungen nicht weiter verschärft werden.

Für die Zürcher Wirtschaft steht fest: Die internationale Erreichbarkeit ist ein zentraler Standortfaktor. Jede politische Vorlage muss daran gemessen werden, ob sie diese stärkt oder schwächt. Die Empfehlung der Kommission zur Ablehnung der Nachruhe-Initiative ist folgerichtig. zhk.ch ▼

BERICHT AUS DEM ZÜRCHER KANTONS RAT



Kantonsrat lehnt «Wohnschutzinitiative» sowie «Wohnungsinitiative» deutlich ab.

Um was geht es?

Der Kantonsrat hat sowohl die «Wohnschutzinitiative» als auch die «Wohnungsinitiative» mit je 114 zu 59 Stimmen abgelehnt und beiden Initiativen einen Gegenvorschlag gegenübergestellt. Lediglich SP, Grüne und AL unterstützen die beiden Initiativen.

Die «Wohnschutz-Initiative» möchte Gemeinden erlauben, Abbrüche, Umbauten und Renovationen einer Bewilligungspflicht zu unterstellen und diese mit befristeten Auflagen zu Mietzinsen zu verbinden. Die «Wohnungsinitiative» fordert eine kantonale öffentlich-rechtliche Anstalt, die günstige Wohnungen bereitstellt und gemeinnützige Wohnbauträger unterstützt.

«Wohnschutzinitiative» verhindert neuen Wohnraum – Basel-Stadt als Negativbeispiel

Die von der «Wohnschutzinitiative» geforderte neue Bewilligungspflicht für Abbrüche, Umbauten und Renovationen würde neuen Wohnraum verhindern, statt solchen zu schaffen. Zudem zeigt ein Blick nach Basel-Stadt: Nach der Einführung der neuen Wohnschutzverordnung sind dort die Baugesuche um rund zwei Drittel eingebrochen.

Eine Mehrheit des Kantonsrats hat sich für einen Gegenvorschlag ausgesprochen, der Leerkündigungen gesetzlich regulieren soll. Auch wenn gemäss einer Sotomo-Studie im Auftrag von «Fürschi Züri» lediglich 1 Prozent der Umzüge auf Leerkündigungen zurückgehen, ist jede Leerkündigung für die betroffenen Personen belastend.

Die Zürcher Handelskammer unterstützt, dass sich eine Mehrheit des Kantonsrats dieser Thematik annimmt und sich für eine sozialverträgliche Lösung einsetzt.

«Wohnungsinitiative»: schädlicher Eingriff in den Markt

Die «Wohnungsinitiative» fordert eine kantonale öffentlich-rechtliche Anstalt, die Bau, Unterhalt und Vermietung von gemeinnützigen und günstigen Wohnungen übernimmt. Dafür soll der Kanton mindestens 500 Mio. Franken zur Verfügung stellen. Die Initiative würde die Privatwirtschaft konkurrenzieren und damit Bautätigkeiten zusätzlich ausbremsen. Das Wohnproblem würde sich weiter verschärfen. Stattdessen muss Bauen wieder attraktiv werden, damit mehr Wohnraum entstehen kann. Der Gegenvorschlag des Regierungsrats, den eine Mehrheit des Kantonsrats unterstützt, setzt hingegen auf gezielte Förderung und stärkt damit die Schaffung von neuem Wohnraum.

Wie geht es weiter?

Die Volksabstimmungen zu den beiden Initiativen mit Gegenvorschlägen und Stichfrage werden Mitte 2026 erwartet. zhk.ch

Neue ZHK-Mitglieder

Rhyner Logistik

Die Rhyner Logistik ist ein inhabergeführtes Familienunternehmen für Transport und Logistiklösungen schweizweit. Wir sind spezialisiert auf pünktliche und massgeschneiderte Transportlösungen für gekühlte Lebensmittel-Transporte, Werkverkehr/Werkstouren, Promotionslogistik oder ungekühlte Stückguttransporte. Bei Rhyner Logistik sorgen rund 120 engagierte Mitarbeiter dafür, dass die Ware immer genau zur richtigen Zeit am richtigen Ort ist, wo sie tatsächlich benötigt wird. Zu unserem Kerngeschäft gehören auch Logistikdienstleistungen für Industrie, Gross- und Einzelhandel. Von der Warenentgegennahme, Materialbeschaffung, Konfektionierung, Etikettierung, Reinigung oder der Lagerung an unseren drei verschiedenen Standorten in der Schweiz. Als Familienunternehmen legen wir grossen Wert auf Verlässlichkeit, langfristige Partnerschaften und persönliche Betreuung. Unsere Kunden schätzen kurze Entscheidungswege, direkte Ansprechpartner und die Sicherheit, dass ihre Ware bei uns in besten Händen ist.

www.rhynerlogistik.ch

Aktuelle Events



13. JANUAR
2026
Neujahrsanlass

29. JUNI
2026
Generalversammlung

5. FEBRUAR
2026
Nachhaltigkeit quo vadis? –
Networking Event

Weitere Informationen sowie die Anmeldung für diese und andere ZHK- und Partner-Events finden Sie unter:
www.zhk.ch/events ▼

24. FEBRUAR
2026
Partner-Event SSIB:
Exportkontrolle & Sanktionen

Impressum
Die Zürcher Handelskammer vertritt als branchenübergreifender Wirtschaftsverband die Interessen ihrer über 1200 Mitglieder in den Kantonen Zürich, Zug und Schaffhausen. Sie setzt sich seit 150 Jahren für liberale und wettbewerbliche Rahmenbedingungen für Unternehmen ein und bietet zahlreiche Dienstleistungen für die exportierende Wirtschaft an.

Die ZHK behält sich vor, eingesandte Texte zu kürzen oder zu modifizieren.

18. MÄRZ
2026
Neumitgliederanlass

Quellen
ZHK, rivedia.com

Zürcher Handelskammer
Löwenstrasse 11, Postfach,
8021 Zürich, zhk.ch

Direktion
+41 (0)44 217 40 50
direktion@zhk.ch

Beglaubigungen / Carnet ATA
+41 (0)44 217 40 40
beglaubigung@zhk.ch

25. MÄRZ
2026
Bürgerdialog
Wir, die Wirtschaft

